

Pressemitteilung
"Steuer gegen Armut"
Nürnberg, Berlin 9. Juni 2011

- * Regierung und Union vergeben Chance bei Finanztransaktionssteuer-Paralleldebatte in Bundestag und Nationalversammlung
- * Bekenntnisse sind schön, konkrete Stufenpläne besser

Bei der heutigen parallelen Debatte zur Finanztransaktionssteuer in Bundestag und französischer Nationalversammlung vergaben Bundesregierung und Union wichtige Chancen, ein Signal für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer noch in diesem Jahr zu setzen. Entschließungsanträge in beiden Parlamenten forderten die jeweiligen Regierungen auf, bis Oktober konkrete Gesetzestexte und Umsetzungsstrategien für eine umfassende Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union oder zumindest der Eurozone vorzulegen.

Während in Frankreich die konservative Regierungspartei UMP sich in einer eigenen Resolution zentrale Forderungen der Opposition zu Eigen machte, wurde man in Deutschland enttäuscht: Es kam zu keinem vergleichbaren Entschließungsvertrag der Unionsparteien. Kein Regierungsvertreter ergriff das Wort um die Pläne und Vorhaben der Bundesregierung zu erläutern.

"Wir sind enttäuscht, dass es nicht zu einem vergleichbaren Entschließungsantrag der Unionsparteien kam. Ebenso bedauern wir, dass die Bundesregierung diese Gelegenheit für nicht wichtig genug erachtet hat, das Parlament von konkreten Plänen und Vorhaben für die zweite Jahreshälfte zu unterrichten. Allgemeine Bekenntnisse sind gut, die Darlegung konkreter Vorhaben ist besser. Ein abgestimmtes Vorgehen der deutschen und französischen Regierung sind der Schlüssel für das Zustandekommen einer europäischen Finanztransaktionssteuer", so Jörg Alt, Moderator der Kampagne "Steuer gegen Armut".

Des Weiteren wurde ein klares Bekenntnis zur Verwendung der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer vermisst: "Während die konservative Regierungspartei Frankreichs sich klar dazu bekennt, Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer in die Bekämpfung von Armut und Klimawandelfolgen zu investieren, warteten wir umsonst auf ein vergleichbares Bekenntnis durch Vertreter der Bundesregierung und der Unionsparteien", so Jörn Kalinski von OXFAM. "Wir hätten dies umso mehr erwartet, als sich auch 74 Abgeordnete der Regierungsparteien unter den 353 Unterzeichnern des Entwicklungspolitischen Konsenses befinden."

Der Entwicklungspolitische Konsens ist eine fraktionsübergreifende Initiative von Bundestagsabgeordneten. Er fordert eine Erhöhung des Entwicklungshilfeeinsatzs ab 2012 um jährlich 1,2 Milliarden Euro, was ohne die Hinzuziehung 'innovativer Finanzierungsinstrumente', etwa einer Finanztransaktionssteuer, nicht zu stemmen wäre.

Bei Rückfragen:

- Jörg Alt SJ, Jesuitenmission, Moderator der Kampagne "Steuer gegen Armut", Tel. (01577) 173 7974
- Jörn Kalinski, OXFAM, Vertreter im Lenkungsausschuss der Kampagne "Steuer gegen Armut", Tel. (0171) 836 0631

Weitere Informationen:

- Die deutsche Kampagne "Steuer gegen Armut" wird getragen von 82 Organisationen, darunter Banken, Nichtregierungs-Organisationen, gewerkschaftliche und kirchliche Gruppen, Parteien und wissenschaftliche Institutionen, siehe www.steuer-gegen-armut.org
- Resolutionen und Entschließungsanträge zu den Debatten in Bundestag und Nationalversammlung siehe <http://www.steuer-gegen-armut.org/politisches/europa/zwischenstaatliches.html>
- Informationen zum Entwicklungspolitischen Konsens siehe <http://www.entwicklungspolitischer-konsens.de/>